

Süddeutsche Zeitung

DOSSIER



Digitalwende

Geoökonomie

Events

Über SZ Dossier

Demnächst Webinar: China verdrängt Deutschland von Wachstumsmärkten – wie reagieren? am Donnerstag, 2. Juli um 09:00 Uhr

[Jetzt anmelden](#)

[Startseite](#) > [Digitalwende](#) > [Briefing vom 12. Juni 2026](#)



Digitalwende-Briefing

KI-Verordnung: Deutsche Durchführung beschlossen

Freitag, 12. Juni 2026

Lesedauer: 19 Min.



Charlotte Westphal
Redakteurin

Mit **Laurenz Gehrke**, **Bastian Mühling** und **Matthias Punz**

Inhaltsverzeichnis



Guten Morgen. Mit dem Eröffnungsspiel der Fußball-WM der Herren gestern Abend in Mexiko-Stadt beginnt für viele nun ein Stresstest. Nicht nur für die Nerven, die beim Anfeuern blank liegen können, sondern auch für die KI Gemini. So wird Google mit dem argentinischen Team zusammenarbeiten,

berichtet das Tech-Magazin *Wired*.

Dabei ist das Gemini-Logo nicht nur auf der Trainingskleidung zu sehen, sondern die KI soll auch während des Spiels genutzt werden, um die Spielweise, Performance und Statistiken zu analysieren. Vom Feld auf die Tribüne soll die KI auch zum All-Round-Begleiter für Fans werden. Dazu soll Googles Suchmaschine umgestellt werden, um in Echtzeit wie ein Fan zu antworten. Memes, Songs und Content für die sozialen Medien soll Gemini auch erstellen können.

Zensur, zwar nicht durch die KI, sondern um Online-Piraterie zu bekämpfen, ist hingegen ein Bedenken für die Computer & Communications Association zum WM-Start. Große Sportereignisse dürfen dafür nicht zum Testfeld werden, sagte Charlotte Dantin, Managerin für geistiges Eigentum und audiovisuelle Politik bei CCIA Europe.

„Wenn IP-Adressen ohne ständige gerichtliche Überprüfung oder wirksame Rechtsmittel in undurchsichtige Sperrlisten aufgenommen werden, leiden unschuldige Unternehmen und Nutzer darunter“, sagte sie. Maßnahmen müssen sich gegen Piraten richten und nicht gegen die grundlegende Internet-Infrastruktur.

Anzeige



•

Was wichtig wird

1

Bundestag verabschiedet Durchführung der KI-Verordnung

Der Bundestag hat gestern das Umsetzungsgesetz der europäischen KI-Verordnung verabschiedet. Union und SPD stimmten dafür, AfD, Linksfraktion und Grüne dagegen.

Digitalausschuss: Dieses Abstimmungsverhalten deutete sich schon im Digitalausschuss am Mittwoch an, bis auf das der Linksfraktion. Sie hatten sich im Ausschuss enthalten. Der Regierungsentwurf wurde im parlamentarischen Verfahren geändert und am Mittwoch noch einmal mit einem Änderungs- und einem Entschließungsantrag angepasst. Damit ging der Ausschuss auf die Expertenkritik in der Anhörung ein.

Proaktiv: Mit den Änderungen habe das Koordinierungszentrum bei der Bundesnetzagentur, die Marktüberwachungsbehörde für die Einhaltung der

KI-Verordnung, eine proaktivere Rolle erhalten, sagte CDU-Politiker Marvin Schulz. Demnach müsse die Behörde von sich aus Schulungen und Prüfeempfehlungen anbieten. Zudem sei eine echte Evaluierung verankert worden, die erste spätestens 18 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes, so Schulz.

Alle halbe Jahre: Zudem habe die Koalition dafür gesorgt, dass Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Praktiker die Anwendung der Verordnung kontinuierlich begleiteten, sagte Carolin Wagner von der SPD. So soll der Ausschuss künftig halbjährlich mit Expertinnen und Experten aus allen Bereichen über KI beraten.

Opposition: Den Grünen haben die Koalition bei der KI-Verordnung zu spät geliefert, zudem blieben die Aufsichtsstrukturen zu schwach, sagte Rebecca Lenhard. Der Linksfraktion wiederum fehlt unter anderem ein öffentliches KI-Transparenzregister, sagte Sonja Lemke.

In Brüssel wird derweil weiter über die Grundsatzlinien des AI Acts diskutiert. Ein Papier der Denkfabrik Bruegel zeigt, wie die EU-Regulierung im Bereich der künstlichen Intelligenz verbessert werden kann. Mario Mariniello argumentiert, dass die EU-KI-Regulierung eine Verringerung der Belastung im Voraus gegen eine robuste Überwachung im Nachhinein, gerichtliche Überprüfung und Haftung eintauschen sollte, um Schäden einzudämmen, ohne die Märkte zu ersticken.

Reformbedarf: „Der Omnibus-Vorschlag hat das Problem nur aufgeschoben, um Zeit zu gewinnen – doch je näher wir dem vollständigen Inkrafttreten kommen, desto größer wird die Befürchtung, dass das KI-Gesetz in der Praxis nicht funktionieren wird“, sagte Mariniello SZ Dossier. Der Omnibus-Vorschlag sei nicht richtig durchdacht, es bestehe grundsätzlicher Reformbedarf.

2

Kanada plant Mindestalter für Social Media

Die kanadische Regierung will Kindern unter 16 Jahren den Zugang zu Social Media grundsätzlich untersagen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde diese Woche im Parlament einggebracht. Ausnahmen sollen nur für Plattformen möglich sein, die nachweisen können, dass sie ausreichende Schutzmaßnahmen für Minderjährige eingerichtet haben.

Sieben Kategorien: Der Entwurf umfasst Vorgaben gegen sieben Arten schädlicher Inhalte, darunter Beiträge, die Kinder zu Selbstverletzungen verleiten, Gewalt oder Hass fördern oder intime Aufnahmen ohne Einwilligung verbreiten. Zur Überwachung der Vorschriften soll eine neue Kommission für digitale Sicherheit geschaffen werden.

Welche Kriterien Plattformen erfüllen müssen, um eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten, will die Regierung später festlegen. Nach Angaben von Kulturminister Marc Miller könnte der Aufbau der Aufsichtsbehörde bis zu 18 Monate dauern. Zudem sind Verfahren zur Altersverifikation vorgesehen. Anbieter von Inhalten für Erwachsene sollen keine Ausnahmegenehmigung erhalten können.

In Deutschland ist unterdessen die Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ noch damit beschäftigt, ihre Empfehlungen für den Umgang mit Social Media auszuformulieren. Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) hatte wiederholt davon gesprochen, dass die Ergebnisse im Sommer vorgelegt werden.

Der Deutsche Ethikrat hat sich unterdessen gegen ein pauschales gesetzliches Mindestalter für Social Media ausgesprochen und empfiehlt stattdessen ein risikobasiertes Schutzkonzept für Kinder und Jugendliche. Nach Ansicht des Rats würde ein generelles Verbot die bestehenden Probleme nicht lösen. Stattdessen sollten auch andere digitale Angebote wie KI-Chatbots stärker einbezogen werden.

3

KI-Sondergesandten: EU-Abgeordnete stellen schriftliche Anfrage

Nach Kritik am neuen Sondergesandten für industrielle KI ([SZ Dossier berichtete](#)), dem dänischen Manager und Siemens-Aufsichtsratsvorsitzenden Jim Hagemann Snabe, stellten einige EU-Abgeordnete der Fraktionen die Grünen/EFA, Renew, S&D und die Linke eine schriftliche Anfrage an die EU-Kommission, die SZ Dossier vorliegt. Aus Deutschland sind Alexandra Geese (Grünen/EFA) und Birgit Sippel (S&D) darunter.

Interessenkonflikt: Die Parlamentarier fragten, wie die EU-Kommission das Risiko eines Interessenkonflikts bewerte und ob es Einfluss von der US-amerikanischen Regierung oder der eines Mitgliedstaats bei der Auswahl des Sondergesandten gab. Auch Siemens' Vorteil an dem Ausbau von Rechenzentren aufgrund von US-Hyperscalern sehen sie kritisch.

Überprüfung: Zuletzt gab ein Kommissionssprecher bekannt, dass potenzielle Interessenkonflikte vorab überprüft worden seien. Zudem gebe es bestimmte Maßnahmen, die so einen Konflikt verhindern sollen. Snabe sei aufgrund seiner Expertise berufen worden.

Siemens-Mandat: Mandate für seine Tätigkeit im Beirat von Google Cloud und im Verwaltungsrat des KI-Unternehmens C3.ai werde er für die Zeit niederlegen. Zur Tätigkeit bei Siemens äußerte sich der Sprecher jedoch nicht.

Entscheidung gefordert: „Jim Hagemann Snabe muss sich entscheiden, ob er Siemens oder Europa vertritt“, sagte EU-Abgeordnete Alexandra Geese SZ Dossier. Sie fordert das gleiche von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. „Sie muss sich auf die Seite Europas stellen, diese Nominierung zurückziehen und jemanden ernennen, dessen einzige Loyalität der KI-Zukunft Europas gilt.“

4

Experten loben Open-Source-Strategie der EU

Vergangene Woche hat die EU-Kommission eine Strategie für Open Source als Teil des Pakets für technologische Souveränität vorgestellt ([SZ Dossier berichtete](#)). Bis jetzt gab es am meisten Lob für sie. Expertinnen und Experten aus der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und EU-Abgeordnete sehen die Strategie positiv.

Jetzt doch drin: Im Vorfeld schien unklar, ob die Strategie noch zum Paket gehört. In einer Liste der Tagesordnungspunkte der EU-Kommission verschwand sie und wurde durch eine Mitteilung zur Souveränität Europas ersetzt. Die wurde jedoch schlussendlich mit der Strategie verbunden. Er schätze es, dass Open Source Teil der gesamten Herangehensweise an Souveränität ist, sagte EU-Parlamentarier Matthias Ecke (S&D).

Weg von Big Tech: Die Strategie zeige die „entscheidende Rolle auf, die freie und quelloffene Software für Europas Fähigkeit spielt, sich von den Big-Tech-Konzernen zu lösen“, schreibt etwa die Organisation European Digital Rights auf [LinkedIn](#).

Vorreiterrolle: Die EU könne mit der Kombination von Open Source und offenen Netzwerken eine „Vorreiterrolle“ einnehmen, sagte Felix Hlatky, Executive Director von Mastodon, SZ Dossier. Die EU-Kommission ist auch auf dem Netzwerk präsent und erwähnt es in der Strategie.

Nachholbedarf gebe es jedoch bei der Budgetallokation, so Hlatky. Im Vergleich zu Cloud und AI mit 100 Milliarden Euro, ist für Open Source weniger als ein Zehntel – zwei Milliarden Euro – veranschlagt. Es solle ein „stärkeres finanzielles Signal gesetzt werden“. Das könne zur Förderung von „traditionell schwer finanzierbaren Unterbereichen wie UI/UX-Design und

Trust & Safety“ genutzt werden. Mit letzterem meint er auch den Bereich der Moderation.

Umsetzung entscheidend: Die Open-Source-Strategie ist nicht rechtlich bindend. Dadurch hängt ihr Erfolg von der Umsetzung der Kommission ab, sagte EU-Abgeordnete Alexandra Geese (Grünen/EFA). Um die Empfehlungen verpflichtend zu machen, werde die Reform der EU-Vergaberichtlinien entscheidend sein. Die Kommission möchte diese laut Tagesordnung am ersten Juli vorstellen.

„**Hervorragend aufgestellt**“ sei Deutschland für die nationale Umsetzung, schreibt das Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (Zendis) auf Linkedin. Das vom Bund beauftragte Zentrum arbeitet seit 2024 daran, den Staat mit Open Source souveräner zu machen.

5

Rückenwind für Mobilfunkanbieter im Streit um UHF-Frequenzen

Die drei großen Mobilfunkanbieter in Deutschland haben den künftigen Umgang mit dem UHF-Band untersuchen lassen – und die Ergebnisse stützen ihre Interessen. Der Telekommunikationsberater WIK-Consult kommt in einem Gutachten für Deutsche Telekom, Telefónica und Vodafone zu dem Schluss, dass eine Nutzung der begehrten Frequenzen durch den öffentlichen Mobilfunk ökonomisch die größten Vorteile bringen würde.

Konkret geht es um Frequenzen zwischen 470 und 694 Megahertz, die bislang unter anderem für terrestrisches Fernsehen genutzt werden und deren künftige Nutzung ab 2031 zur Debatte steht.

Die Ausgangslage: Mobilfunkanbieter wollen zusätzliche Frequenzen, um Datenverkehr, Flächenversorgung und Empfang in Gebäuden zu verbessern.

Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) haben ein Interesse an verlässlicher und krisenfester Kommunikation. Der Rundfunk nutzt das Band bislang für terrestrisches Fernsehen über DVB-T2 und will es nicht komplett abgeben. Veranstalter, Kulturinstitutionen und Produktionsfirmen setzen es derzeit zudem etwa für Bühnentechnik wie drahtlose Mikros ein.

Bessere Mobilfunkversorgung: Nach Berechnungen von WIK-Consult könnten zusätzliche UHF-Frequenzen die Übertragungskapazitäten in ländlichen Regionen um 33 Prozent und in suburbanen Regionen um 14 Prozent erhöhen, ohne dass neue Mobilfunkstandorte errichtet werden müssten. Die Autoren beziffern mögliche Einsparungen über zehn Jahre auf insgesamt 2,7 Milliarden Euro.

Für den Rundfunk fällt die Bewertung der Autoren nüchterner aus. Sie verweisen auf einen klaren Trend zum internetbasierten Bewegtbildkonsum. Bei einem Wegfall von DVB-T2 könnten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nach Berechnungen von WIK-Consult über zehn Jahre bis zu 369 Millionen Euro einsparen.

Behördennetz: Auch ein eigenes breitbandiges BOS-Netz bewerten die Autoren kritisch. Ein solches Netz würde nach ihren Angaben 23.464 Basisstationen erfordern, mehr als neun Milliarden Euro kosten und voraussichtlich länger als zehn Jahre im Aufbau beanspruchen. Die (Mit-)Nutzung öffentlicher Mobilfunknetze für breitbandige BOS-Anwendungen koste laut Studie dagegen 1,8 Milliarden Euro über zehn Jahre.

Anzeige

Eine Mitteilung von AI1: *Welche KI-Anwendungen funktionieren in der*

*Praxis - und welche nicht? Der deutsche KI Gipfel am 30. Juni in Stuttgart gibt Antworten. Unternehmen aus dem Mittelstand, die KI bereits einsetzen, teilen echte Use Cases. Wer Verantwortung übernimmt, ist dabei: **Hier Ticket sichern.***

Geteilte Ansicht

Wie kritische Infrastruktur gegen Big Tech verteidigt werden kann



Maja-Lee Voigt

Stadtforscherin an der Hafencity Universität Hamburg

Das neue Geschäftsinteresse von Big-Tech-Unternehmen wie Amazon, Microsoft oder Palantir sind kritische Infrastrukturen. Um diese zu verteidigen, braucht es Investitionen in dezentrale, demokratisch verwaltete IT, eine Stärkung des öffentlichen Sektors und mehr digitalpolitische Sensibilisierung bei Verwaltungsmitarbeitenden und Gesetzgebenden.

Mit dem Beitreiben von öffentlichen Verwaltungsplattformen, Rechenzentren oder nationaler Katastrophenhilfe sind die **großen US-Techunternehmen in den vergangenen Jahren immer mehr zum privaten Rückgrat staatlicher Aufgaben geworden.**

Anfang 2024 etwa wurde bekannt, dass Amazon mit einem Stützpunkt für Katastrophenhilfe in Rheinberg Hilfsgüter einlagert und im Falle eines Notstandes zur Verfügung stellt – nach eigenen Angaben des Unternehmens, ohne dafür Geld zu bekommen.

Ein Jahr später, im März 2025, kündigte das Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik (BSI) eine Kooperation zur Stärkung von Cybersicherheit und digitaler Souveränität mit dem Tochterkonzern Amazon Web Services (AWS) an. Knapp acht Milliarden Euro investiert der Techkonzern in eine „unabhängige European Sovereign Cloud“, deren lokale Datenspeicherung und Rechenzentren in Brandenburg Deutschlands strenge Souveränitätsanforderungen erfüllen sollen.

Neben einer künftigen Stärkung der Mint-Bildung und neu konzipierten Labs wirbt AWS als „guter Nachbar“ in den Ansiedlungskommunen außerdem mit Investitionen in die lokale soziale Infrastruktur – zum Beispiel mit Aktionstagen in Kitas – oder auch in wohltätige Zwecke, wie der Tafel oder Stiftungen.

Öffentlich-private Kooperationen sind in einem Staat mit zunehmend schwindenden wohlfahrtsstaatlichen Leistungen keine Seltenheit mehr.

Knappe Haushalte, Ungewissheiten rund um aktuelle Krisen und fehlendes Wissen über die Funktionsweisen und Auswirkungen von Technologien sorgen dafür, dass der öffentliche Sektor sich in Pfadabhängigkeiten zu Big Tech begibt.

Vor allem für Städte und Regierungen, die unter Deindustrialisierung und Sparpolitik leiden, versprechen „*On-Demand*“-Technologien Innovationen für Standorte, Arbeitsplätze und eine neue regionale Identität.

Teilprivatisierungsmodelle wie das Verkaufen öffentlicher Flächen, die Verlagerung von Daseinsvorsorge oder Bildung auf private Konzerne oder Public-Private-Partnership-Modelle verleihen aber nicht nur Macht an private Akteurinnen und Akteure, sondern verlagern auch Verantwortung auf sie.

Mehr noch, der US Cloud Act verpflichtet amerikanische Unternehmen, also auch AWS, Informationen ohne vorherige Einwilligung von Cloud-Nutzenden an die US-Regierung weiterzugeben. Öffentliche, zum Teil kritische Infrastruktur, ist dadurch gefährdet. Sie sich als zunehmend

technofaschistisch positionierenden, nicht demokratisch gewählten Gründern zu überlassen, ist problematisch.

Die in Deutschland viel bemühte Forderung nach digitaler Souveränität und Unabhängigkeit von den USA darf nicht in die Falle eines neuen Tech-Nationalismus gehen. **Datenhoheit, -verwaltung und -politik sind ein wichtiges Gut unserer Gesellschaft.** Sie sollten demokratisch und gemeinschaftlich verhandelt werden.

Regulierungen sind dabei gut, Abschaffung ist besser. Das Energieeffizienzgesetz, aber auch planerische Hebel wie städtebauliche oder Erbpachtverträge und Bebauungspläne, können gerade in der Rechenzentrumsansiedlung effektive Mittel für Kommunen sein, um Big Tech in die Pflicht lokaler Gesetzgebungen zu nehmen.

Statt mehrere hundert Millionen Euro in Lizenzen an Big Tech fließen zu lassen, sollte in dezentrale, demokratisch verwaltete und öffentliche IT investiert und Tech-Communities, die Open-Source-Code zur Verfügung stellen und entwickeln, stärker subventioniert werden. Länder wie Dänemark, Frankreich, aber auch Schleswig-Holstein bauen darauf nun ihre öffentlichen Verwaltungen auf.

Entgegen des Narrativs der „Entbürokratisierung“ und Deregulierung muss der öffentliche Sektor gestärkt werden: durch steuerliche Umverteilung und eine Absage an die Abhängigkeit von Big Tech. Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) hat gezeigt, dass kritische Digitalpolitik und Datenhoheit möglich und nötig sind.

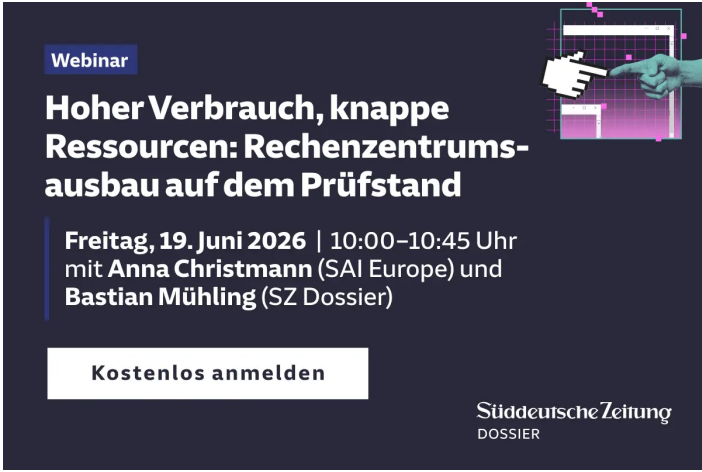
Vor allem Verwaltungsmitarbeitende, Gesetzgebende und IT-Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes sind es, die kritisch und jeden Tag politische Verfahren prüfen, regulieren, hinterfragen und gegebenenfalls verweigern können. Als Hüterinnen und Hüter gemeinschaftlicher Güter, Infrastrukturen und Räume sind sie aktuell die wichtigste Instanz, um von innen heraus gegen technokapitalistische und private Einflüsse zu kämpfen.

Gleichzeitig leiden kommunale Behörden momentan massiv unter dem Druck bundesweiter Sparpolitik. Umso mehr müssen Verwaltungen und Zivilgesellschaft öffentliche Infrastrukturen verteidigen.

Maja-Lee Voigt ist Stadtforscherin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hafencity Universität Hamburg, an der sie derzeit zu Amazons Bits, Bytes und Boxen promoviert. Sie ist Mitbegründerin des interdisziplinären Stadtforschungskollektivs „Akteurinnen für urbanen Ungehorsam“ in Hamburg und beschäftigt sich mit der Frage, wie sich Algorithmen und Tech-Unternehmen auf öffentliche Infrastrukturen auswirken.

Foto: Chris Römer

Anzeige



Webinar

Hoher Verbrauch, knappe Ressourcen: Rechenzentrums-ausbau auf dem Prüfstand

Freitag, 19. Juni 2026 | 10:00–10:45 Uhr
mit **Anna Christmann** (SAI Europe) und **Bastian Mühling** (SZ Dossier)

Kostenlos anmelden

Süddeutsche Zeitung
DOSSIER

Kurz notiert

6

Irland will Einigung bei digitalem Omnibus und Business Wallets

Irland hat am Mittwochnachmittag sein Programm für die bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft, die am ersten Juli beginnt, vorgestellt.

Wettbewerbsfähigkeit, die EU-Werte und Sicherheit sind dabei übergeordnete Schwerpunkte.

.

Verglichen mit einem Entwurf aus dem Mai (SZ Dossier berichtete) sind im Digitalbereich eine Trilog-Einigung beim Digitalen Omnibus sowie bei den digitalen Unternehmensbrieftaschen (*Business Wallets*) hinzugekommen.

Zudem will Irland Fortschritte beim Chips Act 2.0 machen, einen Fortschrittsbericht zum Cloud and AI Development Act (CADA) vorstellen und eine generelle Ausrichtung der Mitgliedstaaten zur Auswahl von Satellitenmobilfunkdienstleistern bis Ende des Jahres erreichen.

7

EU führte Cyberübung für kritische Infrastruktur durch

Am Mittwoch und gestern haben rund 5000 Expertinnen und Experten an einer Cyberübung teilgenommen, wie die EU-Kommission bekanntgab. Die Übung „Cyber Europe 2026“ sollte den Ernstfall für eine Attacke auf die kritische Infrastruktur erproben. Es war auch der erste Test für den Cyber Blueprint, der Empfehlungen darlegt, „wer in einer EU-Cyberkrise was macht“.

.

Teilnehmende kamen aus dem öffentlichen und privaten Sektor, den EU-Institutionen und den EU-Nachbarländern Norwegen, der Schweiz, dem

Vereinigten Königreich und der Ukraine.

Simuliert wurde ein Angriff auf das Zugnetz und maritime Netzwerke, organisiert von der Cybersicherheitsagentur Enisa. „Da hybride Bedrohungen die Grenze zwischen ziviler und militärischer Infrastruktur verwischen, ist Vorsorge keine Option“, sagte Digitalkommissarin Henna Virkkunen.

8

Open AI prüft deutliche Preissenkungen im Wettbewerb mit Anthropic

Das Tech-Unternehmen Open AI erwägt laut Medienberichten deutliche Preissenkungen für die Nutzung seiner KI-Dienste. Das Unternehmen prüfe, die Gebühren für sogenannte Tokens erheblich zu reduzieren, berichtete das *Wall Street Journal* unter Berufung auf mit den Plänen vertraute Personen. Tokens sind die zentrale Abrechnungseinheit bei KI-Anwendungen.

Laut dem Bericht reagiert Open AI auf die wachsende Konkurrenz des Rivalen Anthropic und rechnet damit, dass auch das Konkurrenzunternehmen seine Preise senken könnte. Beide Firmen konkurrieren insbesondere um Unternehmenskunden, die KI-Werkzeuge zur Steigerung der Produktivität einsetzen. Sam Altman, der Chef von Open AI, hatte bei einer Veranstaltung erklärt, die Firma wolle Nutzenden künftig mehr Gegenwert für geringere Kosten bieten.

Ein möglicher Preiswettbewerb könnte allerdings die Gewinnmargen der Anbieter weiter unter Druck setzen. Sowohl Open AI als auch Anthropic investieren Milliardenbeträge in die für KI-Systeme erforderliche Rechenleistung und schreiben trotz stark wachsender Umsätze weiterhin hohe Verluste.

9

Frederick Richter verlässt Stiftung Datenschutz

Frederick Richter verlässt den Vorstand der Stiftung Datenschutz, gab die Stiftung bei [LinkedIn](#) bekannt. Der Jurist hatte die Stiftung mit aufgebaut. Die nächste Station könne er noch nicht verraten, sagte er SZ Dossier. Nur so viel: „Ich verlasse zwar die Bundesstiftung, aber nicht den Datenschutz.“

Die Stiftung sucht nun einen neuen Vorstand. Bewerbungsfrist ist der 30. Juni. Die Bundesregierung hatte die Stiftung 2013 mitgegründet als „neutrale Diskussionsplattform zu Fragen der Datenpolitik und des Datenschutzes“. Sie besteht aus einem Vorstand, einem Verwaltungsrat und einem Beirat. Richter war vom Start weg Vorstand.

„Es war eine Ehre diese Einrichtung aufbauen zu dürfen – anfangs gegen nicht kleine Widerstände und bei gewisser Skepsis von außen, später dann mit immer mehr Unterstützung aus Fachkreisen“, sagte Richter. Im Datenschutz gebe es Polarisierung und manchmal Konfrontation. Ihm sei es wichtig, im Dialog zu bleiben und Ergebnisse und Wirkung im Datenschutz zu verbessern.

Zitat des Tages

„Politische Institutionen beeinflussen, welche Trainingsdaten entstehen. Und das wiederum prägt, wie die Modelle lernen.“

der Forscher **Joshua Tucker** im [SZ-Interview](#) – er ist Mitautor einer [Studie](#) zum Einfluss staatlicher Medienkontrolle auf große Sprachmodelle

Termine der Woche

15.06.

Von Montag bis Mittwoch findet im französischen Évian der G7-Gipfel statt.

15.06.

Ab 13 Uhr findet jeweils Montag und Dienstag die Konferenz “Shaping AI: Ethics, Power, Responsibility” der Bundeszentrale für politische Bildung und des Goethe-Instituts statt.

15.06.

Wie wird Deutschland zum KI- und Digitalisierungschampion? Damit beschäftigt sich das SPD-Wirtschaftsforum am Montag ab 13 Uhr.

15.06.

Um 17.30 Uhr diskutieren EU-Abgeordnete über den KI-Omnibus im Europäischen Parlament in Straßburg. Eine Abstimmung ist für Dienstagmittag geplant.

15.06.

Um KI und digitale Souveränität geht es beim Grünen Wirtschafts-Salon ab 18 Uhr.

15.06.

Im Basecamp diskutiert ab 18.30 Uhr die Wirtschaftsvereinigung der Grünen über digitale Souveränität, mit dabei sind unter anderem mit Adriana Groh, Geschäftsführerin der Sovereign Tech Agency, Franziska Brantner, Bundesvorsitzende der Grünen sowie Sebastian Steinhäuser, SAP Vorstand

Strategy & Operations.

16.06.

Am Dienstag will Digitalkommissarin Henna Virkkunen die Antwort der EU-Kommission auf die Europäische Bürgerinitiative “Videospielzerstörung stoppen” vorstellen.

16.06.

8 Uhr ist Startzeitpunkt der Public IT Security Konferenz 2026 im Hotel Adlon in Berlin. Sie geht auch am Mittwoch noch weiter.

16.06.

Am Dienstagmorgen diskutieren Abgeordnete des EU-Parlaments über technologische Souveränität in Straßburg. Los geht’s um 9 Uhr.

16.06.

Der Bundesverband Breibandkommunikation (Breko) lädt ab 10 Uhr zur Veranstaltung Uniconnect 2026.

16.06.

Die Zukunft von KI und Urheberrecht ist Thema des Roundtables vom eco-Verband. Start ist 12.30 Uhr.

16.06.

Ab 12.30 Uhr findet der Abschluss des Use Cases Energie zu Datenräume für die Energiewende der Deutschen Energie-Agentur (dena) im Future Energy Lab statt.

16.06.

Die Datenschutzkonferenz kommt von Dienstag bis Donnerstag zum 111. Mal zusammen. Treffpunkt ist Stuttgart.

17.06.

Am Mittwoch findet die 50. Sitzung des IT-Planungsrat statt.

17.06.

Am Mittwoch lädt der Bitkom zu einer Pressekonferenz zu seinem “Cloud Report 2026”. Beginn ist 9.30 Uhr.

17.06.

Die Policy Break des Bundesverbands Digitale Wirtschaft beschäftigt sich am Mittwoch um 12 Uhr mit Wettbewerb und KI.

17.06.

Die Mittagspause füllen mit einer Diskussion zu KI und dem Berufseinstieg - das geht am Mittwoch mit der Online-Veranstaltung der Initiative D21 ab 12:45.

18.06.

Der Kinder- und Jugendschutz online ist Thema der EU-Plenardebatte am Mittwochvormittag. Hier kann sie live angeschaut werden.

18.06.

Ab 10 Uhr veranstaltet die Bundestagsfraktion des Bündnis 90/Die Grünen eine Konferenz zu Europas Souveränität im Paul-Löbe-Haus.

18.06.

Im Webinar des EU Disinfo Labs geht es diese Woche um Botnetze und KI-Schwärme. Beginn ist 14.30 Uhr.

19.06.

Im Webinar von SZ Dossier ist Anna Christmann, ehemalige Beauftragte für die digitale Wirtschaft der Bundesregierung und heute Leiterin einer Innovationsagentur, zu Gast. Das Thema: “Hoher Verbrauch, knappe Ressourcen: Rechenzentrumsausbau auf dem Prüfstand”.

19.06.

Um 12 Uhr geht es online um KI-Agenten bei der “Lunch & Learn”-Veranstaltungsreihe der Initiative D21.

Feedback

Wir freuen uns über Ihre Meinung zum Süddeutsche Zeitung Dossier.



Matthias Punz
matthias.punz@sz-dossier.de



Gabriel Rinaldi
gabriel.rinaldi@sz-dossier.de

Süddeutsche Zeitung

DOSSIER



Dossiers:

[Digitalwende](#) [Geoökonomie](#)

Unternehmen:

[Über SZ Dossier](#) [AGB](#) [Datenschutz](#) [Kontakt und Impressum](#)

Verwaltung:

[RSS](#) [Abo kündigen](#) [Cookie-Richtlinien](#)